

schägt, kann doch unumstößlich von Seite zur engsten Heimat erfüllt sein. Am 23. Mai soll in feierlicher Weise die Statue der brandenburgischen landesmannschaftlichen Vereine enthüllt werden; Einladungen sind an die gesammte Berliner Presse mit Ausnahme des "Vorwärts" ergangen; auch das radikale Blatt, das die Wär von dem "neuen Freibund" ausgebracht hat, ist dazu geladen worden. Von einer Geheimstaatsschule kann also keine Rede sein und Geheimräthe aus den Ministerien seien, von dem brandenburgischen Provinzialverbände abgesieht, ungern an der Spalte der großen Verbände. Es wäre ja sehr erfreulich, wenn recht viele beratige Beamte die Sache der landesmannschaftlichen Vereine forderten, aber gerade in Preußen ist es nicht Mode, dass Geheimräthe oder solche Herren, die es werden wollen, mit dem schlichten Handwerker und Arbeiter, der nicht Sozialdemokrat ist, gewöhnlich verkehren und feiern für das Wohl der armeren Landbevölkerung. Dagegen werden sie sich freilich mit den Vereinen befähigen müssen. Denn die Senatsanordnung von dem "neuen Freibund" wird zur Folge haben, dass Berichte über die sittliche und wirtschaftliche Arbeit der landesmannschaftlichen Vereine eingefordert werden.

**Y. Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Die Kaiserin ist heute Vormittag 8 Uhr mit den kaiserlichen Räntern im Neuen Palais wieder eingetroffen.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Der "Reichsangeiger" veröffentlicht die Verleihung des Roten Adler-Ordens I. Klasse an den württembergischen Finanzminister Dr. v. Riese.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Bundesrat hält heute eine Plenarsitzung ab.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Präsident des Reichstags, sowie der Reichstag lebten heute wegen der wichtigen Beurlaubungsfreiheit die Urlaubstage frei, die nicht durch Krankheit begründet waren, ab. Dasselbe Verfahren soll auch für die weiteren Urlaubstage bis zur Beendigung der Arbeiten des Reichstags eintreten.

Auf zahlreiche Begründungsgesuche, die von Angehörigen des Militärrichtungsgesamten aus Anlass der Hunderterjahrfeier an den Kaiser gerichtet wurden, wurde, nach der "Germania", den Veteranen von den militärischen Behörden mitgeteilt, dass die Gründe bei Kaiser nicht befürwortet werden konnten. Bei fortgesetzter guter Abberung habe der Verurteilte — nach Verkündung von drei Befehlen seiner Strafzeit — jedoch Aussicht, "voraus" entlassen zu werden.

Dem Unternehmen nach, so schreibt die "Kreuz-Ztg.", hat der Oberstreichthal in Sachen der vierten Batterie einen vom Generalstab angekündigten Projekt gezeichnet, wonach im Herbst die sämmtlichen 145 neuen Batterien teils vollständig, teils mit einer oder mehreren Compagnies aufgestellt werden sollen. Die erforderlichen Mannschaften heißt man zu gewinnen, erstens aus der vorjährigen Wehrmeinschaltung über die Quotienten von 20 000 Mann im November d. J. und zweitens durch die Ausdehnung der Freiwilligeneinführung.

Die Delegierte des Gewerbegerichts Berlin haben beschlossen, eine Petition an den Reichstag zu senden, die, dem "Post", zufolge, folgendes enthalten soll: 1) Der Entwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, enthalte in seinen Vorfristen über die Errichtung von Innungsgerichten bestimmungen, welche die Rechtsprechung in den aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entstehenden Streitigkeiten und die Ausbildung des Arbeitsvertragsrecht, sowie die Entwicklung der Einigungszentren in erheblicher Weise gefährden. Angemessen hätten die zu schaffenden Innungsgerichte nicht einmal die Bildungsfreiheit der Unparteilichen, da ja der Vorsteher jedes Arbeitgebers sein kann und nicht selten sein wird. Für die Gewerbegerichte blieben dann nur die Streitigkeiten der Großbetriebe. 2) Die endgültige Entscheidung in Lehrlingsstreitigkeiten im Fall der Klage gegen den Vorsitzenden der Innungskomitee soll nicht durch das Amtsgericht oder Landgerichte, sondern durch die Gewerbegerichte gefällt werden. 3) Dem § 84 des Entwurfs der Innungsvorlage, der die Fälle aufzählt, in denen ein Innungskomitat die Genehmigung zu verfassen hat, königlich zu sein, als Tag 4: Wenn das Innungskomitat ein Innungskomitee vorstellt für Streitigkeiten, die welche ein bestehendes Gewerbeamt anständig ist. Alle Gewerbegerichte Deutschlands sollen aufgeführt werden, für die Petition angemessen.

**Hamburg, 18. Mai.** In einem vom Telegraphen bericht angekündigten Artikel kommen die "Hamb. Nachrichten" auf die Novelle zum preußischen Vereinsgesetz zurück. Das Blätter-Blatt führt in diesem Artikel aus:

"Vielleicht wird gemeint, es werde im preußischen Abgeordnetenhaus nicht zu einer Abwendung der Vereinssprache kommen, sondern zu einer Verwendung an eine Kommission und dort zu einer Abänderung des jetzigen Textes kommen. Es werde vielleicht werden, die Verhüttungen in den Artikeln 1 und 3 zu prüfen, das dientest nur auf die Unionspartei, nicht auf jene kontrahierende Partei. Einigungskomitee sollte nicht durch die Abgeordneten der Innungskomitee, die gelegentlich in Opposition gegen die jeweilige Regierung getreten. Wir bezweifeln, dass das geschehen kann. Die Erfahrungen, welche wir in Reichstagspraktisch der vor zwei Jahren beschlossenen Umsturzvorlage gemacht sind, lassen für den Nachweis prägnant, dass jeder Verlust, auf den Boden des gemeinsamen Rechtes nach den angegebenen Richtlinien mit Erfolg vorzugehen, aussichtslos ist."

Das Blatt weist dann einen Abänderungsverschlag der "Deutschen Tageszeitung" als zwecklos zurück und führt: "Deshalb will man das Ding, um das es sich — wenigstens

der allgemeinen Kenntnis noch — handelt, nicht beim richtigen Namen nennen und sagen: Vereine und Verbündungen, welche durch sozialdemokratische Bewegungen den Untergang des bestehenden Staates und Gesellschaftsordnung bedrohen, sind zu verhindern, sehr aufzuhalten? So kann Juozelis kein, was gesprochen wird. Der Sozialdemokratie gründet nur die Sache, die übrigen Parteien dienen unbedingt. Freilich, auch damit wäre die Sache nur halb gelöst. Es müsste noch die sozialistische Presse, das Sammeln von Beiträgen für sozialistische Zwecke verboten, die Ausweitung sozialistischer Agitation genehmigt werden u. s. w., wenn man die sozialrevolutionäre Agitation mit Erfolg auf dem Wege der Landesregierung treiben will. Das Argument, dass alle, die den Untergang befürchten, die soziale Vorlage unterstützen müssen, hält vor mir ungünstig. Wie unterstellt würden jenseits einer Verlängerung der Sozialdemokratie zu unterscheiden, die über das Maß von Belästigung, welche die gegenwärtige soziale Vorlage hält, noch weit hinwegginge, aber diese Vorlage zu fördern, können wir uns nicht entziehen. Es würde sich um ein mittleres Sozialkriegsrecht handeln, nicht um einen neuen Vertrag auf dem Boden des gemeinsamen Rechtes, der nur darauf hinzufließen kann, die allgemeine sozialistische Freiheit zu gestoppen, ohne den Sozialdemokraten viel Schaden zu thun. Wer hält sich noch den Vertrag im Wege der Landesregierungsvorlage, Spezialbestimmungen gegen den Anfang zu erlassen, infolge für uns unmöglich, als ich die Meinung finde, dass die sozialistischen Bewegungen nur durch eine Spezialregierung gehandelt, die das ganze Reich umfasst und von einheitlichen Gesetzen ausgesteuert, wieviel besser werden können. Wenn man dann glaubt, auf dem Wege der Landesregierungsvorlage zu müssen, möchte kleiner man — nicht dazu — wenn es wirklich nur auf den Untergang abzielen ist — nicht dazu, dass das Sozialamt für Preußen wieder in Kraft zu setzen?"

Die "Hand. Nachr." führt dann die Befürchtungen des Sozialministers an und schließt:

"So das Sozialamt ist, so forderte die Organisation der revolutionären Partei, brachte die Staatsgründungsdoktrin zum öffentlichen Bewusstsein und schufte sowohl Niemandem. Die Sache, gegen die es erloschen wurde, ist heute größer als je. Die Gewissensdurchsetzung, die sie gegen die Gewissensdurchsetzung des Neueren, Grafen Gelnhäuser, einen halbständigen Sieg ab.

**Wien, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Sultan hat dem Prinzen Franz Joseph von Battenberg den Geschworenen des Osmanischen Ordens in Beilstein verliehen. Deshalb Orden ist dem Divisionskommandeur bei der Armee in Erzurum, Osman Pola, verliehen worden, während Saad Eddin Pola des Geschworenen des Melschische-Ordens erhalten hat. Der Sultan hat, wie verlautet, über die Angliederung Thessaliens ein Urteil des Scheidsurteils eingeholt. Nach rechtssachlichen Beschlüssen von verschiedenen Seiten sollen die östlichen Truppen in Thessalien Ortskrieger geplündert und eingeschlagen haben.

**○ Konstantinopel, 18. Mai. (Telegramm.)** Melbung des "Wiener Telegr.-Central-Bureau". Die Sitzungen auf der Verhandlungskommission dauern noch fort. — Der Sultan hat dem Prinzen Franz Joseph von Battenberg den Geschworenen des Osmanischen Ordens in Beilstein verliehen. Deshalb Orden ist dem Divisionskommandeur bei der Armee in Erzurum, Osman Pola, verliehen worden, während Saad Eddin Pola des Geschworenen des Melschische-Ordens erhalten hat. Der Sultan hat, wie verlautet, über die Angliederung Thessaliens ein Urteil des Scheidsurteils eingeholt. Nach rechtssachlichen Beschlüssen von verschiedenen Seiten sollen die östlichen Truppen in Thessalien Ortskrieger geplündert und eingeschlagen haben.

**○ Konstantinopel, 18. Mai. (Telegramm.)** Die Worte

hat gelten die gänzliche Einstellung aller weiteren Sitzungen abwehrlicher Gesellschafts- und Freiwilliger noch dem Kriegsschmalseite verfügt und ist bereit mit den Bürgern einige Säume wegen des sozialistischen Rückmarsches in Verhandlungen zu treten. Der Grund zu diesen Maßnahmen ist darin zu finden, dass die Alterssatz in Griechenland und Thessalien des Augenblicks schuldig gemacht. Ausbreitungen und Brandstiftungen begangen haben und sogar bei solchen Gelegenheiten in blutige Zusammenstöße mit den regulären Truppen geschehen sind, so dass die Oberkommandos der beiden östlichen Armeen in Konstantinopel verzweigt gegen die weitere Nachbildung Freiwilliger vorstellig geworden sind. In Ipek und Sultantepe ist großer Zorn gegen die Alterssatz, deren Sicherung nach dem Kriegsschmalseite abgelehnt werden ist, gebrochen haben, noch mehr aber zu verschonen, um ihre Sicherung mit Gewalt zu erzwingen.

**○ Konstantinopel, 18. Mai. (Telegramm.)** Der deutsche Botschafter in Konstantinopel ist angestellt worden, bei Herabführung einer Waffenruhe mitzuhelfen.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Hier ist die amtliche Melbung eingetroffen, dass der Sultan den Befehl zur Einhaltung einer Kriegsbesiegung auf dem gleichzeitigen Kriegsschmalseite gegeben hat.

**○ Wien, 18. Mai. (Telegramm.)** Das "Freudenblatt" führt weiter aus: Durch die Kapitulation würde ein Friedensfall geschaffen werden, den die Mächte nicht wünschen können. Der Türke würde sicher thun, den Gewinn aus dem Siegen in der gekröpften Städte zu suchen, sich innerlich zu restaurieren und die vertriebene Münzrichtigkeit zu beenden. Das Einheits-Empaß für die österreichische Integrität bedeutet weiter eine Verschärfung der Verhältnisse auf dem Balkan, nach der Siedlung der alten Verbindungen.

**○ London, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Berliner Vertreter des "Daily News" übermittelte aus angeblich zuverlässiger Quelle folgende Angabe über Deutschlands Stellung zur Orientfrage: Deutschland besteht darauf, dass Griechenland vor Makedonien eine Waffenruhe gemäß Friedensbedingungen gründlich anzunehmen; es müsse die Unfreiheit der Türkei auf Kriegsentschädigung und einige strategische Grenzberichtigungen ausgleichen. Deutschland möchte die Mauer von Thessalien durch die Türkei auf seine Kosten übertragen. Der deutsche Botschafter weiß keinen geringen Zusatz zu tun, um die Verhandlungen der Griechen zu diesem Punkte einzubringen, um sie zu verhindern, dass der Sultan beim Kriegsbeginn gegebene Versprechen, er möge keine Grabenkrieger machen, möglicherweise verstoßen werden; die Bevölkerung Thessaliens sei höchst durchwegs griechisch, was ein Grund mehr ist, warum die Einzelstellung des türkischen Reichs nicht gehandelt werden könnte. Die Grenzberichtigung betreffe hauptsächlich den Melasbach; die Mauer der Türkei auf diesen Boden geht als geschäftig. Die Aufhebung der Kapitulationsmiete von den Mächten nicht zugesprochen werden. Was die Bürgschaften für die Zahlung der Entschädigung anlangt, so glaubt Deutschland, selbst eine zeitweilige Besetzung Thessaliens als Standort würde eine Friedensgeschäftes bilden, Deutschland würde die Erneuerung einer internationalen Finanzcomission vorziehen. Die Kriegsbesiegung ist noch nicht offiziell erklärt worden. (Voss. Zeitg.)

**○ Paris, 18. Mai. (Telegramm.)** Der "Figaro" führt in einem mit Wohl gezeichneten Artikel aus, nur die Erhaltung des Königs Georg auf dem Throne könne Sicherheit des Westland Englands, Schlesien und Preußen sichern und es vor dem ägyptischen Kriege bewahren.

**○ London, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Berliner Vertreter des "Daily News" führt in einem mit Wohl gezeichneten Artikel aus, dass die Ereignisse den Blockadevorstieg des deutschen Kaisers gerechtfertigt hätten und dass dessen Annahme den Krieg verhindert haben würde.

**○ Belgrad, 18. Mai. (Telegramm.)** Die beweisende Überredung König Milans von Paris nach Wien, die er beschäftigt, soll einen durchaus verdeckten Vertrag mit König Alexander ermöglichen, ohne dass deshalb König Milan bald in Belgrad wesen würde.

Der radikale Parteiführer Politisch wurde gehen möchte Karte zum König besuchen. Was spricht nun davon, dass Politisch mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt werde. (Voss. Zeitg.)

Fortsetzung in der 1. Seite.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ London, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Minister für Auswärtiges verleiht ein aus Konstantinopel von heute datiertes Telegramm, wonach an Uthem Pola der Befehl ergangen sei, die Feindesbeligungen sofort einzuhalten.

**○ Konstantinopel, 18. Mai. (Telegramm.)** Melbung des "Wiener Telegr.-Central-Bureau". Die Sitzungen auf der Verhandlungskommission dauern noch fort. — Der Sultan hat dem Prinzen Franz Joseph von Battenberg den Geschworenen des Osmanischen Ordens in Beilstein verliehen. Deshalb Orden ist dem Divisionskommandeur bei der Armee in Erzurum, Osman Pola, verliehen worden, während Saad Eddin Pola des Geschworenen des Melschische-Ordens erhalten hat. Der Sultan hat, wie verlautet, über die Angliederung Thessaliens ein Urteil des Scheidsurteils eingeholt. Nach rechtssachlichen Beschlüssen von verschiedenen Seiten sollen die östlichen Truppen in Thessalien Ortskrieger geplündert und eingeschlagen haben.

**○ Konstantinopel, 18. Mai. (Telegramm.)** Die Worte

hat gelten die gänzliche Einstellung aller weiteren Sitzungen abwehrlicher Gesellschafts- und Freiwilliger noch dem Kriegsschmalseite verfügt und ist bereit mit den Bürgern einige Säume wegen des sozialistischen Rückmarsches in Verhandlungen zu treten. Der Grund zu diesen Maßnahmen ist darin zu finden, dass die Alterssatz in Griechenland und Thessalien des Augenblicks schuldig gemacht. Ausbreitungen und Brandstiftungen begangen haben und sogar bei solchen Gelegenheiten in blutige Zusammenstöße mit den regulären Truppen geschehen sind, so dass die Oberkommandos der beiden östlichen Armeen in Konstantinopel verzweigt gegen die weitere Nachbildung Freiwilliger vorstellig geworden sind. In Ipek und Sultantepe ist großer Zorn gegen die Alterssatz, deren Sicherung nach dem Kriegsschmalseite abgelehnt werden ist, gebrochen haben, noch mehr aber zu verschonen, um ihre Sicherung mit Gewalt zu erzwingen.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Der deutsche Botschafter in Konstantinopel ist angestellt worden, bei Herabführung einer Waffenruhe mitzuhelfen.

**○ Berlin, 18. Mai. (Telegramm.)** Hier ist die amtliche Melbung eingetroffen, dass der Sultan den Befehl zur Einhaltung einer Kriegsbesiegung auf dem gleichzeitigen Kriegsschmalseite gegeben hat.

**○ Wien, 18. Mai. (Telegramm.)** Das "Freudenblatt" führt weiter aus: Durch die Kapitulation würde ein Friedensfall geschaffen werden, den die Mächte nicht wünschen können. Der Türke würde sicher thun, den Gewinn aus dem Siegen in der gekröpften Städte zu suchen, sich innerlich zu restaurieren und die vertriebene Münzrichtigkeit zu beenden. Das Einheits-Empaß für die österreichische Integrität bedeutet weiter eine Verschärfung der Verhältnisse auf dem Balkan, nach der Siedlung der alten Verbindungen.

**○ London, 18. Mai. (Telegramm.)** Der Berliner Vertreter des "Daily News" übermittelte aus angeblich zuverlässiger Quelle folgende Angabe über Deutschlands Stellung zur Orientfrage: Deutschland besteht darauf, dass Griechenland vor Makedonien eine Waffenruhe gemäß Friedensbedingungen gründlich anzunehmen; es müsse die Unfreiheit der Türkei auf Kriegsentschädigung und einige strategische Grenzberichtigungen ausgleichen. Deutschland möchte die Mauer von Thessalien durch die Türkei auf seine Kosten übertragen. Der deutsche Botschafter weiß keinen geringen Zusatz zu tun, um die Verhandlungen der Griechen zu diesem Punkte einzubringen, um sie zu verhindern, dass der Sultan beim Kriegsbeginn gegebene Versprechen, er möge keine Grabenkrieger machen, möglicherweise verstoßen werden; die Bevölkerung Thessaliens sei höchst durchwegs griechisch, was ein Grund mehr ist, warum die Einzelstellung des türkischen Reichs nicht gehandelt werden könnte. Die Grenzberichtigung betreffe hauptsächlich den Melasbach; die Mauer der Türkei auf diesen Boden geht als geschäftig. Die Aufhebung der Kapitulationsmiete von den Mächten nicht zugesprochen werden. Was die Bürgschaften für die Zahlung der Entschädigung anlangt, so glaubt Deutschland, selbst eine zeitweilige Besetzung Thessaliens als Standort würde eine Friedensgeschäftes bilden, Deutschland würde die Erneuerung einer internationalen Finanzcomission vorziehen. Die Kriegsbesiegung ist noch nicht offiziell erklärt worden. (Voss. Zeitg.)

**○ Paris, 18. Mai. (Telegramm.)** Der "Figaro" führt in einem mit Wohl gezeichneten Artikel aus, nur die Erhaltung des Königs Georg auf dem Throne könne Sicherheit des Westland Englands, Schlesien und Preußen sichern und es vor dem ägyptischen Kriege bewahren.

**○ London, 18. Mai. (Telegramm.)** Die "Daily News" führt aus, dass die Ereignisse den Blockadevorstieg des deutschen Kaisers gerechtfertigt hätten und dass dessen Annahme den Krieg verhindert haben würde.

**○ Belgrad, 18. Mai. (Telegramm.)** Die beweisende Überredung König Milans von Paris nach Wien, die er beschäftigt, soll einen durchaus verdeckten Vertrag mit König Alexander ermöglichen, ohne dass deshalb König Milan bald in Belgrad wesen würde.

Der radikale Parteiführer Politisch wurde gehen möchte Karte zum König besuchen. Was spricht nun davon, dass Politisch mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt werde. (Voss. Zeitg.)

Fortsetzung in der 1. Seite.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung

der "Agence Havas"). Demokrat W. von den Gleichen erläutert werden.

**○ Parma, 18. Mai. 7 Uhr früh. (Telegramm.)** Melbung